

## Außenansicht

Schon wieder steigende Strompreise, schon wieder steigende Ölpreise, und damit steigende Benzin- und Heizölpreise. Schon wieder steigende Gaspreise – Verbraucher sowie Branchen, die besonders viel Energie verbrauchen, stöhnen. Kann die Politik nicht etwas dagegen tun?

Ganz kurz gedacht, könnte die Politik die Verbraucher entlasten: zum Beispiel, indem sie die Mineralölsteuer oder die Stromsteuer kürzt oder den Stromkonzernen Preissteigerungen verbietet – bis zum kommenden Jahr können einzelne Bundesländer noch zu dieser Maßnahme greifen. Und auch danach will die Politik ihren Einfluss auf die Strompreise ja behalten: Von Mitte 2007 an wird die Bundesnetzagentur die Netzentgelte und damit dreißig Prozent des Strompreises kontrollieren. Das Ergebnis aber ist genauso, wie es absehbar war: Die Stromkonzerne befürchten Kürzungen – und haben deshalb vorsorglich ihre Preise schon mal angehoben.

Also heißt es oft: Wenn Interventionen der Politik keinen Sinn haben, dann sollte sie für grundsätzlich mehr Wettbewerb sorgen. Das aber dürfte schwierig sein auf dem deutschen Markt, wo 80 Prozent des Stroms von vier Unternehmen erzeugt wird, und wo auch der Gasmarkt von lediglich drei Unternehmen kontrolliert wird. Dann sollte die Energiepolitik eben große Unternehmenszusammen-

## Außenansicht

## Denken statt lenken

Der Staat kann die Energiepreise kurzfristig nicht steuern – er kann sie aber langfristig sichern, indem er Forschung fördert

Von Claudia Kemfert

schlüsse verhindern? Das ist ebenso schwierig, da der deutsche Markt weitestgehend aufgeteilt ist und deutsche Unternehmen eher Interesse haben, andere Energie-Anbieter in Europa zu kaufen – wie derzeit im Fall von Eon, das den spanischen Versorger Endesa übernehmen will. Dann braucht man eben eine Europäische Regulierungsbehörde, die künftig die Preise reguliert? Das würde zwar die EU-Kommission in Brüssel unterstützen – allerdings: Deutschland möchte eine solche Behörde nicht (warum eigentlich nicht?).

Was kann die deutsche Energiepolitik überhaupt noch tun angesichts eines globalen Energie-Weltmarkts, auf dem immer mehr Länder nicht nur als Anbieter von Öl oder Gas auftreten, sondern auch versuchen, außenpolitische Interessen da-

mit durchzusetzen? Wie kann Deutschland als relativ kleines Land in diesem Welt-Energiegefüge es schaffen, Energie preiswert und sicher anzubieten? Kann es gar die Welt überzeugen, dass nachhaltige Energieversorgung bedeutet, auf erneuerbare Energien und umweltfreundliche Kohletechnologien umzusatteln, anstatt weiter Öl zu verfeuern und Atomkraftwerke zu bauen?

Eine solche Überzeugungsarbeit wäre sicher so gut wie aussichtslos. Das zeigt ja schon ein Blick auf Russland – ein Land, das neue Atomkraftwerke baut, nur um sein Gas nicht selber verfeuern zu müssen, sondern exportieren zu können. Die deutsche Energiepolitik sollte aber dennoch einiges tun: Wichtig ist, dass Energie-Importe aus vielen verschiedenen Quellen kommen. Zudem sollte

man gezielt auf einen breiten Energiemix setzen und vornehmlich heimische Energieträger einsetzen: Zunächst einmal ist es wichtig, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Energiebereich drastisch erhöht werden. Deutschland kürzt seit den neunziger Jahren die Ausgaben für die Energieforschung drastisch – im Jahr 2004 betragen sie lediglich 400 Millionen Euro. Die USA und Japan geben jährlich jeweils das Siebenfache aus. Insbesondere muss die umweltfreundliche Kohletechnologie erforscht werden. Derzeit fließen nur 15 Millionen Euro aus der Staatskasse in die Erforschung dieser Technologie – wenn man bedenkt, dass demgegenüber 2,7 Milliarden Euro als Subventionen für den Kohleabbau gezahlt werden, ist dies ein erschreckend geringer Betrag. Aber auch im Bereich der erneuerbaren Energien sollten die Ausgaben für Forschung und Entwicklung erhöht werden. So ist beispielsweise die Geothermie eine Erfolg versprechende neue Energieform in Deutschland, die einen substanziellen Beitrag zur Strom- und Wärme-Erzeugung leisten könnte – wenn sie denn genügend erforscht wird.

Was bleibt noch zu tun? Vor allem erneuerbare Energien und auch die Kraft-Wärme-Kopplung sollten weiterhin zielgerecht unterstützt werden. Diejenigen erneuerbaren Energien, die noch nicht wettbewerbsfähig sind, bedürfen der weiteren Förderung; je stärker sie schließ-

lich eingesetzt und erzeugt werden, umso billiger können sie auch pro Kilowattstunde werden. Auch die Kraft-Wärme-Kopplung sollte angemessen gefördert werden.

Die Förderung der heimischen Kohle hingegen ist der politisch umstrittenste Teil: Sollten die Subventionen für die deutsche Steinkohle in den kommenden Jahren gar ganz gestrichen werden, würde Deutschland damit auf einen heimischen Energieträger ganz verzichten. Kann dies sinnvoll sein? Es ist ja möglich, dass sich in Zukunft die neue, kohlenstoffarme Kohlekraftwerkstechnologie CCS international durchsetzt, bei der Kohlendioxid am Schornstein abgefangen und anschließend eingelagert wird. Richtig ist, dass die CCS-Technologie weiterer Forschungsförderung bedarf – weit mehr als derzeit dafür in



Claudia Kemfert ist Professorin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Sie leitet dort die Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt. Foto: DIW

Deutschland aufgewendet wird. Warum wird beispielsweise nicht ein Teil der Kohlesubventionen für die Erforschung dieser sauberen Kohletechnologie verwendet?

Mit nur einem Bruchteil der staatlichen Kohlesubventionen könnten die Ausgaben für die Energieforschung immens angehoben werden. In zehn bis 15 Jahren wissen wir, ob und wie diese Technologie tatsächlich funktionieren kann. Wenn sie funktioniert und boomt, könnte vielleicht auch die deutsche Steinkohle auf dem Weltmarkt interessant werden, vorausgesetzt, die weltweite Nachfrage nach Steinkohle und damit auch der Weltmarktpreis für diesen Energieträger steigt an. Wenn man die Kohlesubventionen auf einen Sockelbetrag herunterfahren würde und mit nur einem Teil des dann frei werdenden Geldes die Erforschung der sauberen Kohletechnologie vorantreiben würde, wäre dies auch ein wichtiger Schritt hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung.

Dies alles wären Schritte, um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu stärken. Energiepolitik wirkt zwar nur langfristig und muss international ausgerichtet sein – dennoch kann Deutschland mit vorbildlichen energiepolitischen Entscheidungen sowohl Vorbild als auch Marktführer werden. Kurzfristig sinkende Energiepreise kann die Politik jedenfalls so oder so nicht versprechen.